

Kanonistische Studien und Texte

Band 75

Autonomiekollisionen in multidiversifizierter Gesellschaft

Arbeitsrechtliche Abwägungen
bei Ethosgemeinschaften

Von

Oliver Hiltl



Duncker & Humblot · Berlin

OLIVER HILTL

Autonomiekollisionen
in multidiversifizierter Gesellschaft

Kanonistische Studien und Texte

begründet von

Dr. Albert M. Koeniger †

o.ö. Professor des Kirchenrechts und der Kirchenrechtsgeschichte
an der Universität Bonn

fortgeführt von

Dr. Dr. Heinrich Flatten †

o.ö. Professor des Kirchenrechts und der Kirchenrechtsgeschichte
an der Universität Bonn

sowie von

Dr. Georg May

Professor für Kirchenrecht, Kirchenrechtsgeschichte und
Staatskirchenrecht an der Universität Mainz

und

Dr. Anna Egler

Akademische Direktorin i. R.
am FB 01 Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Mainz

herausgegeben von

Dr. Wilhelm Rees

Professor für Kirchenrecht an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck

und

Dr. Christoph Ohly

Professor für Kirchenrecht an der Kölner Hochschule
für Katholische Theologie (KHKT)

Band 75

OLIVER HILTl

Autonomiekollisionen
in multidiversifizierter Gesellschaft

Autonomiekollisionen in multidiversifizierter Gesellschaft

Arbeitsrechtliche Abwägungen
bei Ethosgemeinschaften

Von

Oliver Hiltl



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten

© 2022 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Satz: TextFormA(r)t, Daniela Weiland, Göttingen

Druck: Druckteam, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0929-0680

ISBN 978-3-428-18659-4 (Print)

ISBN 978-3-428-58659-2 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Gewidmet Stift Klosterneuburg

Danksagung

Den Lesern

will diese Arbeit jüngste Vorzeichen und ausstehende Weichenstellungen kirchlichen Arbeitsrechts mit möglichen Praxiskonsequenzen zusammenfassend darbieten, die auf ein transparentes und überzeugendes Handeln von Kirche für das Allgemeinwohl abzielen sowohl in der rechtssprachlichen und kanonistischen Terminologie als auch in der rechtlichen Abwägung.

Herzlicher Dank gilt dabei

dem *moderator* der Arbeit, meinem Doktorvater, H. P. Prof. Dr. Michael Caragher, OP für seine Anregungen zur Auswahl der Thematik und Festlegung der dargestellten aktuellen Problematik der Autonomiekollisionen in multidiversifizierten Gesellschaftsstrukturen mit dem Blick auf die Autonomie der katholischen Kirche im Arbeitsrecht anhand aktueller Aspekte deutscher Rechtslage und schließlich seine Einleitung in das Werk und dem *ensor*, meinem Zweitgutachter, Hwst. P. Prof. Dr. Nikolaus Schöch, OFM für Konkretisierungen und Vertiefungen zu kirchlichen Ordnungen, kanonistischer Judikatur und Literatur.

Über die Unterstützung durch H. H. Prof. Dr. Christoph Ohly und Herrn Prof. Dr. Wilhelm Rees bei der Aufnahme der Arbeit in die KST-Reihe des Verlags Duncker & Humblot freue ich mich sehr.

Dem *Pont. Coll. Teut. S. Mariae Animae* bin ich für die österreichisch-deutsche Gemeinschaft in Rom über die Erstellung der Arbeit hinaus verbunden.

S. E. Bischof Dr. Rudolf Voderholzer danke ich besonders für Förderung zu wissenschaftlicher Arbeit, Impuls und Auftrag zum Projekt der Dissertation an der Päpstlichen Universität des heiligen Thomas von Aquin *in Urbe, Angelicum* bis hin zur Realisierung der Drucklegung, bei der ich auch die dankenswerte Unterstützung der Erzbistümer Köln und München sowie des Fürstenhauses von Thurn und Taxis erfahren durfte.

Rom/Regensburg, im August am Hochfest

Assumptionis

Beatae Mariae Virginis

2022

Oliver Hiltl

Vorwort

Dr. Dr. Oliver Hans Peter Hiltl der Autor des vorliegenden Werkes, Diözesanpriester der Diözese Regensburg, hatte vor dem Studium des Kirchenrechts, das Studium der Theologie in Regensburg, Rom und Wien absolviert, das Studium der Rechtswissenschaft in Regensburg abgeschlossen und ist an der Universität Wien zum *doctor iuris* mit Auszeichnung promoviert worden.

Anfang des Jahres 2021 veröffentlichte er eine Arbeit mit dem Titel „Rechtsbegründung in multikultureller Gesellschaft. Impulse Antonio Rosminis“ im Verlag Duncker & Humblot Berlin zu rechtsphilosophischen und kanonistischen Überlegungen zu politisch aktuellen Fragestellungen der Rechtsbegründungsmöglichkeiten angesichts gegenwärtiger gesellschaftlicher Herausforderungen.

Das Lizentiatsstudium im Kirchenrecht absolvierte er *summa cum laude*. Das Doktoratsstudium des *iuris canonici* findet seinen inhaltlichen Abschluss mit der Präsentation und Durchführung dieses Dissertationsprojekts mit dem ursprünglichen Arbeitstitel: „Autonomie der katholischen Kirche im Arbeitsrecht. Anhand aktueller Aspekte deutscher Rechtslage“, das ebenso mit *summa cum laude* seinen Abschluss fand und nach einer im internationalen Universitätenverband universitätsinternen Veröffentlichung 2022 in Rom nun in erweiterter Form als Publikation in Deutschland im Verlag Duncker & Humblot Berlin veröffentlicht vorliegt mit dem Titel „Autoniekollisionen in multidiversifizierter Gesellschaft. Arbeitsrechtliche Abwägungen bei Ethosgemeinschaften“.

Die Untersuchung gliedert sich in vier Kapitel. Vorangestellt ist ein persönliches Vorwort und ein *initium* abschließend findet sich eine *conclusio*.

Die Arbeit beginnt mit einem aktuellen programmatischen Einleitungsansatz bei den Kollisionen von Autonomien in diversifizierter Gesellschaft mit den wesentlichen Fragestellungen dieser Arbeit zu aktuellen Entwicklungen innerhalb der Kirche und auch hinsichtlich höchstrichterlicher deutscher und europäischer Entwicklungen der Rechtsprechung. Hierin zeigt sich schon eine umfassende vertiefte Kenntnis der Materie aus dem Studium der Rechtswissenschaft und eine treffende wissenschaftliche Methodologie.

Die Kapitel eins bis drei sind in der Struktur parallel aufgebaut und gliedern sich jeweils in drei Teile: Darstellung der Rechtsprechung, eine darauf folgende kritische Untersuchung der zentralen Probleme der Verbindung von Arbeitsrecht und Autonomie der Kirche. Schließlich ein Ausblick auf Praxisfolgen.

Kapitel vier gliedert sich wiederum in drei Teilbereiche. Dabei werden im ersten Schritt die Ergebnisse der ersten drei Kapitel aufgenommen und jeweils an ihnen

die Frage nach der Stellung der Kirche als eine Sonderstellung gespiegelt. Im zweiten Schritt wird das Verhältnis zwischen Bundesverfassungsgericht und Gerichtshof der Europäischen Union zur Entwicklung der Stellung der Kirche kritisch in den Blick genommen. Im dritten Schritt wird ein Ausblick zur Weiterentwicklung kirchlichen Arbeitsrechts auf der Basis der untersuchten Probleme gegeben anhand von kirchlicher Rechtsprechung und aktueller Literatur.

Die Arbeit schließt mit einer *conclusio*, die die Ergebnisse der vier Kapitel zusammenfassend als Antwort auf die im *initium* gestellten Fragen darstellt.

Ich schätze auch die biblische und theologische Grundlage, auf die die Arbeit recurriert, wohl wissend, dass die Autonomie der Kirche von Jesus selbst stammt, der die Kirche und ihre Einrichtungen zum Heil der Seelen gegründet hat.

Der Autor befasste sich mit den aktuellen Fragen der rechtlichen Ausgestaltung der Autonomie der katholischen Kirche im Arbeitsrecht in Deutschland anhand aktueller Aspekte und zeigt, dass er über hervorragende Synthesefähigkeiten verfügt, um in jedem einzelnen Kapitel alle juristisch relevanten Fragen einzubeziehen, ohne die unterschiedlichen zu analysierenden Perspektiven zu vernachlässigen.

Das erste Kapitel mit dem Titel „Kirchenautonomie und Individualarbeitsrecht“ unterstreicht das wachsende Bewusstsein für die Spannung zwischen Individualautonomie von Arbeitnehmern und der Autonomie der Kirche. Es setzt beim Individualarbeitsrecht mit dem sogenannten Chefarztfall an. Hier wird die Rechtsprechung in den verschiedenen Instanzen der deutschen Arbeitsgerichtsbarkeit, des Bundesverfassungsgerichts und des Gerichtshofes der Europäischen Union umfassend dargestellt. Es folgt eine kritische Untersuchung zu Loyalitätsobliegenheiten: erstens auf dem Hintergrund der deutschen Situation, zweitens hinsichtlich des Ranges kirchlicher Belange im weltlichen Recht, drittens in Bezug auf die Benachteiligung wegen der Religion durch dieselbe Religionsgemeinschaft und schließlich zum europäisch orientierten arbeitsrechtlichen Reflex der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung in Deutschland. Die nachgezeichnete Problematik wurde in einer Zukunftsperspektive geschrieben, mit einem Ausblick auf die Folgen für die Praxis der in dieser Arbeit entwickelten These vom Grundwiderspruch durch Abwägungsverzerrungskonzeption. Infolge der Analyse der novellierten kirchlichen Grundordnung werden Unstimmigkeiten aufgezeigt und ein innovativer Lösungsvorschlag mit einer rechtsdogmatisch präzisen Neuformulierung für ein zutreffendes Regel-Ausnahme-Prinzip dargestellt, das vom katholischen Arbeitnehmer in einer katholischen Einrichtung ausgeht und systematisch in einem zweiten Schritt die Angelegenheiten für nicht katholische Arbeitnehmer regelt.

Sehr löblich ist im zweiten Kapitel mit dem Titel „Kirchenautonomie und Streik“ die Freiheit der Koalition in der katholischen Kirche mit Blick den Arbeitskampf behandelt. Nach Darstellung der Rechtsprechung zum Ausschluss von Streik folgt die kritische Untersuchung in Hinsicht auf die Zementierung des Ausschlusses von Streik und hinsichtlich von Möglichkeiten zum Streik in katholischen Einrich-

tungen. Hier wird nach der Grundlage der Argumentation für die verschiedenen Seiten gefragt. In einem dritten Schritt werden die Folgen für die Praxis für die Bedingungen für den Streik in der Kirche dargestellt. Dabei wird auf eine künftige Entwicklung von bestehenden Forderungen aus der Praxis Bezug genommen und auf offene Konstellationen hingewiesen. Diese betreffen möglicherweise künftige Urteile zur Bewertung der Balance von Streik und Autonomie der Kirche. Dazu wird eine völlig neue These für einen neuen Ausgleich für Kooperation von Religionsgemeinschaft und Gewerkschaft im Sinne der katholischen Soziallehre entwickelt, die anhand des Ethos' als Prinzip der jeweiligen Religionsgemeinschaften selbst aufgezeigt wird: Wenn es sich bei den Zielen des Streiks inhaltlich um ein Verlangen nach Umsetzung von Inhalten des Ethos' der eigenen Kirche handelt, entscheidet sich die Abwägung der Streikmöglichkeit nach dem Kriterium, ob der Streik geeignet ist, Missbrauch zu beseitigen und Glaubwürdigkeit der Kirche zu stärken.

Innovativ und detailliert präzise ist im dritten Kapitel mit dem Titel „Kirchenautonomie und Kollektivarbeitsvertrag als Rechtsregelungsrecht“ die gerichtliche Kontrolle des Staates von Verträgen im kollektiven Arbeitsrecht umfassend und akkurat untersucht und wenn auch im Ergebnis auf Grund des Einzelfalles identisch, alternativ begründet weiterentwickelt. Für die Zukunftsperspektive wird innovativ die Begründung für eine bisher ausstehende grundsätzliche Abwägung der Autonomie der Kirche am Beginn der Prüfung für die Anwendbarkeit des staatlichen Kontrollmaßstabes statt am Ende der Prüfung, wie bisher geliefert. Eine anfängliche Einbeziehung der Autonomie der Kirche in die Anwendbarkeitsprüfung wird aus der Rechtssystematik heraus nahegelegt, um ein konsequent stabilisiertes Prüfungssystem zu erreichen. Das Ergebnis der Untersuchung zeigt dann, dass es sich bei den kirchlichen Regelungen mit dynamischer Einbeziehung um ein legislatives Dekret handelt. Diese detaillierte Untersuchung schließt eine Lücke in der bisherigen Literatur zwischen arbeitsrechtswissenschaftlichen und kanonistischen Untersuchungen. Die Kritik des Bundesarbeitsgerichtes hinsichtlich des Letztentscheidungsrechtes des Bischofs ist daher eng einzugrenzen und wurde theologisch lobenswert aufgrund der damit verbundenen *potestas legislativa* kanonistisch treffend dargestellt. Die Empfehlung klarer Verwendung kirchenrechtliche Terminologie bei Erlass der Regelungen im Sinne von Transparenz besonders auch im Arbeitsrecht zeigt sich hier für die angemessene Beurteilung im weltlichen Recht für sehr hilfreich.

Das vierte Kapitel mit dem Titel „Die Entwicklung der Stellung der Kirche“ greift in einer wiederum sehr gut gegliederten Darstellung in ihren Absätzen und Unterabsätzen in einem vollständigen Überblick über die rechtliche Situation in lobenswert methodologischer Weise zusammenfassend auf die Kapitel eins bis drei zurück, um die jüngste Entwicklung der Stellung der Kirche herauszuarbeiten in einer Zusammenschau der untersuchten Aspekte. Daran schließt sich ein Blick auf die Stellung der Kirche durch den maßgeblichen Einfluss von Bundesverfassungsgericht und Gerichtshof der Europäischen Union. Die gegensätzlichen

Tendenzen zwischen dem Gerichtshof der europäischen Union und dem deutschen Bundesverfassungsgericht sind treffend deutlich herausgestellt. Abschließend wird sehr gut inhaltlich begründet anhand der aktuellsten arbeitsrechtlichen und theologischen Literatur ein Ausblick gegeben zur Weiterentwicklung des kirchlichen Arbeitsrechts auf Grund des Verständnisses von Arbeit in der Kirche anhand dogmatischer Überlegungen auf dem Hintergrund von höchstrichterlicher kirchlicher Judikatur und Literatur. In dieser Arbeit wird völlig innovativ ein Modell erörtert, das sich an der Motivation des Arbeitnehmers orientiert. Die persönliche Motivation für Verkündigung des Reiches Gottes soll so herausgestellt werden statt bisher diskutierter institutionenorientierter oder personenorientierter Ansätze. Diese persönliche Motivation für die Institution der Kirche für Gott und die Menschen zu arbeiten soll ein missionarisches Modell für kirchliches Arbeitsrecht darstellen.

Bei der begrifflichen Einordnung von Arbeitsrechtsregelungswerken auf dem Hintergrund kanonistischen Begriffsverständnisses von Gesetz/Legislativdekret wird überzeugend eine Orientierung am Gesamtzusammenhang vorgeschlagen. Dabei wird plädiert, dass statt theologischer Engführungen das *bonum commune* für den kirchlichen Gesetzesbegriff ausschlaggebend sein soll, um so die allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz beizubehalten.

Als völliges *novum* gilt auch die Untersuchung zur Terminologie des Begriffs der „Autonomie“ in kirchenrechtlicher, juristischer und allgemeiner Literatur. Die Begrifflichkeit „Recht der Autonomie der Kirche“ wird zur präziseren Verwendung empfohlen mit überzeugenden analytischen Argumenten an Stelle von „Selbstbestimmungsrecht“ für einen angemesseneren Ausdruck von Balance von Autonomiekollisionen. Dabei wird präzise herausgestellt, wie sich der Sprachgebrauch vom Autonomierecht als Rückbindung an die Essenz der Entität der Ethnosgemeinschaft erweist.

Umfassend wurde in die Untersuchung die einschlägige Literatur, staatliche und kirchliche Judikatur und staatliche und kirchliche Regelungen bis hin zum aktuellsten Stand einbezogen. Jedenfalls hatte die Dissertation angesichts der für die Präsentation vorgesehenen Höchstgrenze keinen anderen Raum mehr, um die Diskussion des Themas fortzusetzen. Insgesamt halte ich die Gesamtdarstellung des vierten Kapitels als Synthese und Weiterentwicklung der erstellten Ergebnisse für sehr wertvoll, da die im Ausgangsprojekt gesteckten Forschungsziele durch eine breite Quelleneinbeziehung und inhaltliche Weiterentwicklung erreicht und übertroffen wurden und die Ausgangsperspektive durch die Einführung neuer Themen erweitert haben. Diese neuen Themen, die in andere zusätzliche Absätze eingefügt wurden, belegen die sehr hohe Qualität der durchgeführten Arbeit.

Dank seines ständigen und fruchtbaren Engagements liefert der Autor einen sehr wertvollen Text, der die Aufmerksamkeit auf Autonomie der Kirche in neuer Perspektive für die gegenwärtige Diskussion lenkt und den Weg zur vertieften Sicht in juristischer und kanonistischer Perspektive öffnet. Viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden auf diese Inhalte zurückgreifen können, und er selbst möge

in Zukunft an den Punkten, die auf diesen Seiten keinen Platz gefunden haben, aber auch neue Wissens Elemente hinzufügen, in Zukunft vertiefen und forschen.

Die Verantwortlichen in Politik und Kirche werden in der Lage sein, ihre Position in Bezug auf diese Arbeit zu überprüfen und daran zu denken, die Rechtsvorschriften des Kodex, des Konkordates und der verfassungsmäßig garantierten Autonomie der Kirche dort umzusetzen, wo dies virulent ist, damit sie sich besser schützen und positionieren können für ihre gesellschaftlichen und pastoralen Aktivitäten zum *bonum commune* als einem Staat mit einer missionarischen Kirche.

Meine Meinung zu dieser Arbeit ist durchwegs sehr positiv, ich wünsche dem Autor weiterhin auf diesem Weg voranzuschreiten!

P. Michael Carragher, O. P.

Inhaltsübersicht

Initium	31
----------------------	----

Kapitel 1

Kirchenautonomie und Individualarbeitsrecht	34
A. Rechtsprechung: Loyalitätsobliegenheit im Chefarztfall	34
B. Kritische Untersuchung: Loyalitätsobliegenheit im Chefarztfall	51
C. Praxisfolgen des Grundwiderspruchs durch Abwägungsverzerrungskonzeption	106

Kapitel 2

Kirchenautonomie und Streik	113
A. Rechtsprechung: Ausschluss von Arbeitskampf	114
B. Kritische Untersuchung: Ausschlussbedingungen von Arbeitskampf	124
C. Praxisfolgen für Arbeitskampfbedingungen	150

Kapitel 3

Kirchenautonomie und Kollektivarbeitsvertrag als Rechtsregelungsrecht	154
A. Rechtsprechung: Rechtsregelungsrecht	154
B. Kritische Untersuchung: Rechtsregelungsrechtskontrolle	166
C. Praxisfolgen der Fehlentwicklungskorrektur der Überprüfung kirchlichen Rechtsregelungsrechts	239

Kapitel 4

Die Entwicklung der Stellung der Kirche	246
A. Stellung der Kirche – eine Sonderstellung?	247
B. Das Verhältnis zwischen Bundesverfassungsgericht und Gerichtshof der Europäischen Union	283
C. Ausblick zur Weiterentwicklung kirchlichen Arbeitsrechts	290

Conclusio: Eine Bilanz zur Kirchenautonomie	323
A. Loyalität als Ethosreflex	323
B. Ethisch begrenzt-bedingter Arbeitskampfausschluss	325
C. Rechtsregelungswerke als Ausdruck der Dienstgemeinschaft	326
D. Angemessenheitsstellung gemäß ethischer Notwendigkeitsbegrenzung	327
E. Kompatibilität und Spannungsbogen	327
 Anhang	 331
 Literaturverzeichnis	 437
A. Allgemeine Primärquellen	437
B. Primärquellen: Päpstliche Ansprachen und Dokumente	439
C. Primärquellen: Entscheidungsregister	440
D. Sekundärquellen	442
Päpsteverzeichnis	452
Personenverzeichnis	453
Sachverzeichnis	456
Verzeichnis der Canones des Codex Iuris Canonici von 1917	457
Verzeichnis der Canones des Codex Iuris Canonici von 1983	458

Inhaltsverzeichnis

Initium	31
----------------------	----

Kapitel I

Kirchenautonomie und Individualarbeitsrecht	34
A. Rechtsprechung: Loyalitätsobliegenheit im Chefarztfall	34
I. Zum Sachverhalt	35
1. Verheirateter Chefarzt eines katholischen Krankenhauses	35
2. Zivilrechtliche Scheidung	35
3. Erneute zivilrechtliche Ehe des Chefarztes	35
4. Kündigung des Chefarztes	35
5. Kündigungsschutzklage des Chefarztes	35
II. Verfassungsbeschwerde der kirchlichen Trägerin	36
1. Gegenstand der Verfassungsbeschwerde	36
2. Umfang gerichtlicher Überprüfung von Loyalitätsverstößen	37
III. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zugunsten der Kirchenautonomie	37
1. Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde	37
2. Begründetheit der Verfassungsbeschwerde	37
3. Entscheidungsgründe hinsichtlich der Kirchenautonomie	38
a) Arbeitsvertragliche Auferlegung glaubensbezogener Loyalitätserwartungen	38
b) Gewichtung eines durch den Arbeitnehmer hiergegen begangenen Verstoßes	39
c) Überprüfungs- und Beurteilungsumfang seitens staatlicher Gerichte	40
d) Zurückverweisung an das Bundesarbeitsgericht	41
IV. Vorlage des Bundesarbeitsgerichts an den Gerichtshof der Europäischen Union	42
V. Position des Gerichtshofes der Europäischen Union	42
1. Anwendungsbereich Artikel 4 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Richtlinie 2000/78/EG	43
2. Gerichtliche Kontrolle	44
3. Berufliche Anforderung für Ungleichbehandlung	45
a) Wesentlich im Sinn von notwendig	45
b) Rechtmäßig im Sinn von kein sachfremdes Ziel	46
c) Gerechtfertigt im Sinn von gerichtlicher Überprüfbarkeit mit nachweis-	
pflichtiger Ethos-/Autonomiebeeinträchtigung	46

4. Verhältnismäßigkeit	47
5. Ergebnis: Entgegenstehendes nationales Recht – unangewendet	47
VI. Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 20.02.2019 – 2 AZR 746/14	48
B. Kritische Untersuchung: Loyalitätsobliegenheit im Chefarztfall	51
I. Loyalitätspflichten und die deutsche Situation	52
1. Zweistufige Prüfung der Interessenabwägung	52
a) Erste Stufe der Interessenabwägung	52
b) Zweite Stufe der Interessenabwägung	53
c) Gerechtfertigt im Sinn von gerichtlicher Überprüfbarkeit mit nachweis-	
pflichtiger Ethos-/Autonomiebeeinträchtigung	54
d) Verhältnismäßigkeitsprüfung des Gerichtshofes der Europäischen Union	55
e) Unanwendbarkeit nationalen Rechts	55
2. Historische Entwicklungen zur Situation in Deutschland	56
a) Aktuelle Situation in Deutschland	56
II. Der Rang kirchlicher Belange im weltlichen Recht	58
1. Geltungs- und Schutzbereich der kirchlichen Autonomie	59
2. Die Bedeutung des Wesens der Kirche und des Charakters ihrer Einrichtungen	
für arbeitsrechtliche Regelungen	60
a) Autonomie der Kirche in systematischer Hinsicht	63
b) Schranken der Autonomie der Kirche: die Autonomie des Dienstnehmers	64
3. Kirchliche Loyalitätsobliegenheiten und Grundrecht der Berufsfreiheit, Arti-	
kel 12 Absatz 1 GG	64
4. Kirchliche Loyalitätsobliegenheiten und Kündigungsschutzabwägungen	65
a) Sozialstaatsprinzip	67
b) Wechselwirkung von Kündigungsschutzabwägungen und Autonomie der	
Kirche	68
c) Abstufungsanforderungen: Nähe zwischen geschuldeter Tätigkeit und Ver-	
kündigungsauftrag der Kirche	68
d) Inhaltliche Festlegungen auf Grund der Autonomie der Kirche	69
e) Grenzen	70
5. Kirchliche Loyalitätsobliegenheiten und Schutz der Ehe, Artikel 6 Absatz 1 GG	70
a) Keine unannehmbaren Forderungen: Konkordanz mit Artikel 6 Absatz 1 GG	72
b) Die Abstufung der Loyalitätsobliegenheiten im Umbruch	73
c) Neues Regel-Ausnahme-Konzept	76
d) Paradigmenwechsel	79
6. Kirchliche Loyalitätsobliegenheiten und Europäische Menschenrechts-	
konvention	81
7. Zwischenergebnis zum Verstoß gegen Loyalitätspflichten	83

III. Benachteiligung wegen der Religion, § 9 Absatz 2 AGG durch dieselbe Religionsgemeinschaft?	85
IV. Europäisch orientierter arbeitsrechtlicher Reflex	88
1. Verschiebung der Gewichte durch Interpretationswiderspruch der Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie 2000/78	89
2. Grundwiderspruch durch Abwägungsverzerrungskonzeption	92
a) Widerspruch durch gerichtliche Ethosgewichtung	92
b) Konklusionswiderspruch durch Konnexerfordernis zwischen Loyalitätspflichten und Tätigkeit bei Religionsgemeinschaften	92
c) Diskriminierungswiderspruch wegen katholischer Religion in katholischer Kirche	94
3. Wirksame gerichtliche Kontrolle	95
a) Modifikation der Dienstgemeinschaft	98
b) Europäischer Schutzwall um die Autonomie der Kirche?	98
c) Beweislastumkehr als Konsequenz für künftiges kirchliches Arbeitsrecht	100
aa) Formelle Verkündigungswegereduktion	100
bb) Grundlagenbeweisdruck statt Plausibilitätskontrolle	102
4. Unmittelbare Privatrechtswirkung	103
5. Interpretationshoheit	106
C. Praxisfolgen des Grundwiderspruchs durch Abwägungsverzerrungskonzeption	106
I. Schutz vor der eigenen Religionsgemeinschaft	107
II. Integrationshindernis von Nicht-Angehörigen der Religionsgemeinschaft	107
III. Begründungsdruck und Abwägungsspielräume bei Personaleinstellungserfordernisvoraussetzungen	108
IV. Gestaltungsmöglichkeiten und Profilschärfung für die Religionsgemeinschaften	109
1. Entbürokratisierung und Ethosstärkung	109
2. Durchgängige Evangelisierung statt streitiger Formalisierung	109
3. Kirchenautonomie nicht trotz, sondern auf Grund von Individualautonomie ..	110
V. Werte-Bezeugung statt Arbeits-Ausgliederung	110
VI. Kirchliches Individualarbeitsrecht im Blick auf das <i>bonum commune</i>	111

Kapitel 2

Kirchenautonomie und Streik

113

A. Rechtsprechung: Ausschluss von Arbeitskampf	114
I. Zum Sachverhalt	114
1. Warnstreikaufruf	114
2. Regelung der Mitarbeiterbeteiligung	114

3. Schlichtungsausschüsse in Konfliktfällen	115
4. Entscheidung des Landesarbeitsgerichtes Hamm	116
II. Klageantrag der kirchlichen Trägerinnen beim Bundesarbeitsgericht	117
1. Gegenstand der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes	117
2. Unterlassungsklagen	117
III. Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes	118
1. Beschluss des Bundesverfassungsgerichts	118
2. Zentrale Aussagen für die Kirchenautonomie durch das Bundesarbeitsgericht	118
a) Kircheneigenes Arbeitsrechtsregelungssystem	119
b) Zuordnung zur Kirchenautonomie	119
c) Schutzbereich	120
d) Dienstgemeinschaft	121
e) Dritter Weg als Interessenausgleich zwischen Koalitionsfreiheit und Kirchenautonomie	122
B. Kritische Untersuchung: Ausschlussbedingungen von Arbeitskampf	124
I. Untersuchung zur Zementierung des Arbeitskampfausschlusses	124
II. Relatives statt absolutes alternatives kirchliches Arbeitsrecht	125
1. Arbeitskampf als <i>ultima ratio</i> bei gravierendem Dienstgeberfehlverhalten ...	126
2. Arbeitskampf bei Zuordnungsdefizit zur Kirchenautonomie	127
a) Verstoß gegen Verfassungsrecht	128
b) Widersprüchlichkeit der Ausführungen des Ersten Senats?	129
c) Arbeitskampf bei mittelbarem Zuordnungsdefizit zur Kirchenautonomie?	130
d) Praxisvorschlag	131
3. Arbeitskampfausschlussbedingung	132
a) Paritätisch besetzte Arbeitsrechtliche Kommission und Schiedskommission	133
b) Verbindlichkeit der auf dem Dritten Weg zu Stande gekommenen Regelungen	133
c) Arbeitskampfausschluss bei Dienstgemeinschaft	134
aa) Arbeitskampf – partiell?	135
bb) Aufspaltung der Dienstgemeinschaft?	136
cc) Nähe der Glaubensverkündigung	137
d) Abgrenzung der Dienstgemeinschaft	140
III. Arbeitskampf und Koalitionsfreiheit in kirchenrechtlicher und theologischer Reflexion	142
1. Koalitionsfreiheit gemäß Artikel 9 Absatz 3 GG	143
2. Katechismus der Katholischen Kirche	145
3. Universales Kirchenrecht: Verpflichtung zu sozialer Gerechtigkeit	147
4. Anerkennung des Grundrechts der Koalitionsfreiheit in Artikel 6 Absatz 2 GrOkathK	148

IV. Europarechtliche Vereinbarkeit des Urteils	149
V. Relevanz des Urteils für die katholische Kirche	149
C. Praxisfolgen für Arbeitskampfbedingungen	150
I. Bestätigung des Dritten Weges unter Koalitionseinbindung	150
II. Streik bei schwerer Pflichtverletzung durch den Dienstgeber	150
III. Streik bei Forderungen nach Ethosumsetzung der eigenen Kirche?	152
IV. Streik bei mangelnder Trägerschaft des Schutzbereiches der Kirchenautonomie	152

Kapitel 3

Kirchenautonomie und Kollektivarbeitsvertrag als Rechtsregelungsrecht	154
A. Rechtsprechung: Rechtsregelungsrecht	154
I. Zum Sachverhalt	155
II. Klageantrag beim Bundesarbeitsgericht	156
III. Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts	157
1. Inhaltskontrolle der Einbeziehungsklausel	158
2. Inhaltskontrolle der einbezogenen Regelungen der Ang-AVO/DWHN 2005 ..	162
a) Kein grundsätzlich eingeschränkter Prüfungsmaßstab	162
b) Umfassender Prüfungsmaßstab als Allgemeine Geschäftsbedingungen ..	162
c) Keine unangemessene Benachteiligung durch einbezogene Regelungen ..	164
d) Dritter Weg als Einschränkung des Prüfungsmaßstabes	164
B. Kritische Untersuchung: Rechtsregelungsrechtskontrolle	166
I. Inhaltskontrolle der Einbeziehungsklausel des Formarbeitsvertrages	167
1. Reichweite der Einbeziehungsklausel	167
2. Inhalt der Einbeziehungsklausel	168
a) Anwendbarkeit des Prüfungsmaßstabes der §§ 305 ff. BGB	168
b) Prüfung von Änderungs- und Ergänzungsvorbehalt	173
c) Wirksamkeit der Einbeziehungsklausel	176
aa) Keine unangemessene Benachteiligung gemäß §§ 305 ff. BGB	176
bb) Eingeschränkte Transparenznotwendigkeit	177
cc) Unwirksamkeit bei Letztentscheidungsrecht der Synode oder des Bi- schofs?	177
(1) Monitum des Senats in besonderer Relevanz für die katholische Kirche	178
(2) Zustimmungsverweigerungsrecht	179
(3) Kein Einschränkungsumfang des Letztverweigerungsrechtes	180

dd) Kirchenrechtliche Grundlage von Inkraftsetzung und Letztentscheidungsrecht im Blick auf die katholische Kirche	181
(1) Inkraftsetzung durch die kompetente Autorität: in Abhängigkeit von kirchenrechtlicher Qualifikation der Regelungen	182
(2) Delegierbarkeit	182
(3) Nichtdelegierbarkeit	183
(4) Kompetente Autoritäten	183
ee) Vergleich zu staatlicher Inkraftsetzung im Rahmen des Tarifvertrages	191
ff) Inkraftsetzung im Rahmen des Dritten Weges im Blick auf die katholische Kirche	191
(1) Inhaber der Leitungsgewalt	192
(2) Notio legis als übergreifende Verbindung von <i>societas perfecta</i> und <i>communio</i>	192
(a) <i>Conditiones essentielles legis</i>	196
(b) <i>Proprietates legis</i>	197
(c) <i>Promulgatio</i>	216
gg) Praxiskonsequenz: Inkraftsetzung durch die kompetente Autorität insbesondere der Bischof als Hirte	218
hh) Keine Unzumutbarkeit gemäß 308 Nr. 4 BGB	219
3. Praxisherausforderung	222
II. Inhaltskontrolle des durch die Einbeziehungsklausel im Arbeitsvertrag einbezogenen Einbeziehungsgegenstandes	223
1. Anwendbarkeit des Prüfungsmaßstabes der §§ 305 ff. BGB	223
a) Billigkeitsprüfungsmaßstab gemäß § 319 Absatz 1 Satz BGB	224
b) Keine Allgemeinen Geschäftsbedingungen im Sinn von § 305 Absatz 1 Satz 1 BGB	225
aa) Arbeitsrechtliche Kommission als Dritter?	226
bb) Reduzierung kirchlicher Dienstnehmer zu bloßen Verbrauchern?	227
c) Einheitlicher Kontrollmaßstab gemäß §§ 305 ff. BGB?	228
2. Gleichstellung mit Tarifverträgen?	230
a) Möglichkeit verfassungskonformer Erweiterungsauslegung von § 310 Absatz 4 Satz 1 BGB	232
aa) Bundesarbeitsgericht vom 17. 11. 2005 – 6 AZR 160/05	232
bb) Bundesarbeitsgericht vom 19. 11. 2009 – 6 AZR 561/08	234
3. Prüfungsmaßstab vor In-Kraft-Treten des Schuldrechtsmodernisierungsgesetzes	235
4. Prüfungsmaßstab nach In-Kraft-Treten des Schuldrechtsmodernisierungsgesetzes	236
5. Ergebnis	237
III. Spannungsverhältnis im Prüfungsmaßstab	237
IV. Relevanz des Urteils für die katholische Kirche	239

C. Praxisfolgen der Fehlentwicklungskorrektur der Überprüfung kirchlichen Rechtsregelungsrechts	239
I. Eingeschränkter Kontrollmaßstab	240
II. Inkraftsetzung als Legislativdekret durch die kompetente Autorität	242
III. Gestaltungsmöglichkeit zum angemessenen Interessenausgleich	244

Kapitel 4

Die Entwicklung der Stellung der Kirche	246
A. Stellung der Kirche – eine Sonderstellung?	247
I. Sendungsauftrag	248
II. Loyalitätspflichten: Der europäisch orientierte arbeitsrechtliche Reflex mit der Potentialität des europarechtlichen Schutzwalls für die Kirche in Verbindung mit der novellierten Grundordnung von 2015	250
1. Tätigkeit und Verkündigungsnähe	250
2. Weiterentwicklung der Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse	252
a) Überwindung der Spaltung der Dienstgemeinschaft	252
b) Überwindung der Aufspaltung der Personalitätsbereiche im Verkündigungszeugnis	254
c) Verbindung von Immanenz und Transzendenz im Ethos	255
d) Einbezug von weiterer Differenzierung zur Vermeidung ungerechtfertigter Diskriminierung	255
3. Praxisvorschlag	260
a) Abwägungsberücksichtigungen für die Judikative	260
b) Abwägungsberücksichtigungen für die kirchliche Legislation	263
aa) Überwindung der Erosion durch Transformation	263
bb) Transformationsprozess kirchlichen Arbeitsrechts	264
III. Bedingte Streikfreiheit	268
1. Die Art der Tätigkeit der Kirche in Ausrichtung auf das <i>bonum commune</i>	268
2. Die Bestätigung des kircheneigenen Regelungsverfahrens unter Koalitionseinkbindung	269
a) Interessenausgleich statt Sonderstellung	271
b) Ethosrelevante Stellung statt bloße Sonderstellung	271
3. Praxisvorschlag	272
a) Balancebemühungen	272
b) Ethosbezogene Tätigkeitsgewährleistung	272
c) Transparente Kommunikation für gesellschaftliche Akzeptanz	273

IV. Kirchenautonomie und kollektives Arbeitsrecht als Regelungsrecht entsprechend des Tarifvertrags	273
1. Spannung in der Wahl des Prüfungsmaßstabes	273
2. Gegen Kontrolldrang	273
3. Inkraftsetzung als Legislativdekret	274
4. Brisanz aufgrund anhaltender politischer Infragestellung des Dritten Weges	281
5. Praxisnotwendigkeit zur Stabilisierung der Judikative	282
B. Das Verhältnis zwischen Bundesverfassungsgericht und Gerichtshof der Europäischen Union	283
I. Integration und Isolation	284
II. Balance-Suche zwischen Verstaatlichung und Privatisierung des Religiösen in einem Streben nach europäischer Kooperation statt Konfrontation in der Gerichtsbarkeit	285
III. Praxisvorschlag: Pluralismuswahrung statt Institutionenmarginalisierung	288
C. Ausblick zur Weiterentwicklung kirchlichen Arbeitsrechts	290
I. Weg vom personenorientierten Ansatz?	290
1. Zum institutionenorientierten Ansatz?	290
2. Das motivationen-orientierte Modell	291
3. Das Verständnis der Arbeit in der Kirche: ein Problem des Grundverständnisses	292
a) Das Verständnis der Arbeit am Beispiel des Klerus' in der Kirche	293
aa) Die vorgelegte Frage arbeitsrechtlicher Verbindung im Klerus	293
bb) Das Wohl der Seelen als Zentrum pastoralen Handelns in der Entscheidung <i>in iure: de remuneratione danda vicario generali dioeceseos e titulus iuridicus pro menstrua summa actori debita.</i>	295
cc) Die Entscheidung: <i>Tribunal Rotae Romanae: pro solvenda summa actori</i>	297
dd) Das <i>vinculum laboris</i> in seiner näheren Bedeutung in kirchlicher Arbeit	297
b) Spezielles Priestertum und allgemeines Priestertum als Bindeglied für das Verständnis von Arbeit in der Kirche zum Wohl der Seelen?	304
II. Begriffliche Einordnung von Arbeitsrechtsregelungswerken auf dem Hintergrund kanonistischen Begriffsverständnisses von Gesetz/Legislativdekret	306
1. Orientierung am Gesamtzusammenhang	306
a) Kanonisierung der weltlichen Gesetze, gem. Can. 22 CIC	306
b) Das weltliche Arbeitsrecht in der Entscheidung <i>Coram Caberletti</i>	307
2. Definition Aymans	308
3. Kirchlicher Gesetzesbegriff: orientiert am <i>bonum commune</i>	309
III. Terminologie: Autonomierecht der Kirche statt Selbstbestimmungsrecht der Kirche	311
1. Ausdruck von Berücksichtigung natürlicher Eigengesetzlichkeiten gesellschaftlicher Autonomieverbände	312

2. Ausdruck von Balance von Autonomiekollisionen	312
3. Praxisvorschlag: Autonomierecht der Religionsgemeinschaft als Ausdruck von Kooperation (statt Abgrenzung von der Gesellschaft) für das <i>bonum commune</i>	313
a) Selbstbestimmungsrecht	313
b) Autonomie	315
c) Abwägung zwischen Selbstbestimmungsrecht und Autonomierecht	319
d) Ergebnis: Autonomie oder Autonomierecht?	320
aa) Tautologieausschluss	320
bb) Unterschied der Zusammensetzung Autonomie – Autonomierecht ...	321
cc) Autonomierecht als Rückbindung an die Essenz der Entität	321
Conclusio: Eine Bilanz zur Kirchenautonomie	323
A. Loyalität als Ethosreflex	323
I. Rechtsprechungspraxisfolgen	323
II. Kirchenpraxisfolgen	324
III. Personaleinstellungspraxis	324
B. Ethisch begrenzt-bedingter Arbeitskampfausschluss	325
C. Rechtsregelungswerke als Ausdruck der Dienstgemeinschaft	326
D. Angemessenheitsstellung gemäß ethischer Notwendigkeitsbegrenzung	327
E. Kompatibilität und Spannungsbogen	327
Anhang 1: Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 22.10.2014 – 2 BvR 661/12	331
Anhang 2: Bundesarbeitsgericht Urteil vom 20.11.2012 – 1 AZR 179/11	377
Anhang 3: Bundesarbeitsgericht Urteil vom 22.07.2010 – 6 AZR 847/07	418
Anhang 4: Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse	431
Literaturverzeichnis	437
A. Allgemeine Primärquellen	437
B. Primärquellen: Päpstliche Ansprachen und Dokumente	439
C. Primärquellen: Entscheidungsregister	440
I. Supremum Signaturae Apostolicae Tribunal	440
II. Tribunal Rotae Romanae	440

III. Kirchlicher Arbeitsgerichtshof	440
IV. Gerichtshof der Europäischen Union	441
V. Bundesverfassungsgericht	441
VI. Bundesarbeitsgericht	441
VII. Landesarbeitsgericht	442
VIII. Arbeitsgericht	442
IX. Verwaltungsgericht	442
D. Sekundärquellen	442
Päpsteverzeichnis	452
Personenverzeichnis	453
Sachverzeichnis	456
Verzeichnis der Canones des Codex Iuris Canonici von 1917	457
Verzeichnis der Canones des Codex Iuris Canonici von 1983	458

Abkürzungsverzeichnis

AAS	Acta Apostolicae Sedis
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Fassung auf Grund des am 01. 12. 2009 in Kraft getretenen Vertrages von Lissabon
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AL	Amoris laetitia
APS	Ascheid/Preis/Schmid
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
arbeitsrecht.	arbeitsrechtlich
ArbRAktuell	Zeitschrift Arbeitsrecht Aktuell
arbrb	Arbeitsrechtsberater
AP	Nachschlagewerke des Bundesarbeitsgerichtes Arbeitsgerichtliche Praxis – Die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes und die erläuternden Anmerkungen, München
Apg	Apostelgeschichte
ARRG.EKHN	Arbeitsrechtsregelungsgesetz
art.	articulus
Art.	Artikel
AVO	Arbeitsvertragsordnung
AVR	Richtlinien für Arbeitsverträge in den Einrichtungen des Deutschen Caritasverbandes, hg. vom Geschäftsführer der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BAT	Bundesangestelltentarif
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Bf.	Beschwerdeführer/Beschwerdeführerin
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Amtliche Sammlung, Tübingen
Can.	Canon
CIC	1983 Codex Iuris Canonici
CIC*	1917 Codex Iuris Canonici
DOI	Digital Object Identifier
DPM	De Processibus Matrimonialibus
DVO	Dienstvertragsordnung

EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EMRK	Europäischen Menschenrechtskonvention
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuR	Zeitschrift Europarecht
EV	Enchiridion Vaticanum
Ex	Exodus
Ex. Ap.	Exhortatio Apostolica
EZB	Europäische Zentralbank
f.	folgend
ff.	folgende
FC	Familiaris consortio
FD-ArbR	Fachdienst Arbeitsrecht
GdS	Gedächtnisschrift
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GO	siehe GrOkathK
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GrOkathK	Grundordnung (der katholischen Kirche) des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung des Verbandes der Diözesen Deutschlands vom 22. 09. 1993 novelliert
HdbBayStKirchR	Handbuch des Bayerischen Staatskirchenrechts
hg.	herausgegeben
hinsichtl.	hinsichtlich
Hrsg.	Herausgeber
JuS	Juristische Schulung
KAVO	Kirchliche Arbeits- und Vergütungsordnung
kirchl.	kirchlich
1Kor	Erster Brief an die Korinther
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KuR	Kirche und Recht
LAG	Landesarbeitsgericht
Lett. Ap.	Lettera Apostolica
Lk	Evangelium nach Lukas
M. P.	Motu Proprio
MAVO	Rahmenordnung für eine Mitarbeitervertretungsordnung
Mk	Evangelium nach Markus
Mt	Evangelium nach Matthäus
n.	numerus, numeri
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	NZA-Rechtsprechungs-Report Arbeitsrecht
öAT	Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht
P. M.	Pontifex Maximus

PP.	Pater Patrum
pp.	paginae
q.	questio
R. R. Dec.	Rotae Romanae Tribunal Decisiones seu Sententiae
RdA	Recht der Arbeit, Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis des gesamten Arbeitsrechts, München
RK	Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich vom 20.07.1933 in: AAS 25 (1933)389–408 u. 409–413 (Schlussprotokoll)
Rn.	Randnummer
RR	Rechtsprechungsreport
\$.	Sanctae
S.	Satz
TVen	Tarifverträgen
TVG	Tarifvertragsgesetz
Typ. Pol. Vat.	Typis Polyglottis Vaticanis
TzBfG	Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge
u.	und
Unterabs.	Unterabsatz
Urt.	Urteil
v.	von
VB	Verfassungsblog
verfassungsrechtl.	verfassungsrechtlich
VG.	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VO	Vertragsordnung
vol.	volumen
WRV	Weimarer Reichsverfassung
ZAT	Zeitschrift für Arbeitsrecht und Tarifpolitik in Kirche und Caritas, Stuttgart
ZFA	Zeitschrift für Arbeitsrecht, Köln – Berlin – Bonn – München

Initium

Autonomiekollisionen in diversifizierter Gesellschaft prägen in der gegenwärtigen Entwicklung auch das Leben der Kirche, insbesondere in ihrem ihr inhärenten Streben zu einem Status permanenter Mission¹. Dabei gerät kirchliches Arbeitsrecht als „Recht der katholischen Kirche, innerhalb der Grenzen des für alle geltenden Gesetzes, ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen“² gerade auch in jüngster Zeit immer wieder in unterschiedliche Spannungen zwischen christlichen Überzeugungen sowie gesellschaftlichen als auch individuellen Auffassungen. Die Kontroverse reicht hinein bis in die grundsätzliche Hinterfragung der Existenz kirchlichen Arbeitsrechtes, was nicht etwa bloß in gegenwärtigen gewerkschaftlichen Auffassungen³ mit dem Ziel die Sonderstellung des kirchlichen Arbeitgebers zu beseitigen ans Tageslicht tritt, sondern in die theoretische, philosophische, bis hinein in die theologische Rechtsbegründung seine Wurzeln konträrer Auffassungen fortsetzt. Die verfassungsmäßig garantierte Autonomie der Kirche ist unter sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen nicht mehr automatisch gewährleistet, wenn die Ausformung der Autonomie der Kirche nicht aus der konkreten Materie heraus und nicht in der jeweiligen Situation immer neu, nachvollziehbar und akzeptabel erklärt und gegebenenfalls modifiziert nachhaltig begründet dargestellt werden kann. Unter diesen Gesichtspunkten soll die Kirchenautonomie in der vorliegenden Arbeit anhand der jüngsten arbeitsrechtlichen Entscheidungen auch von Seiten kirchenrechtlicher Auffassung mit dem besondern Blick auf ihre theologische Begründung auf dem Hintergrund gegenwärtiger gesellschaftlicher Entwicklungen untersucht werden.

Inzwischen ist auch durch verschiedene gerichtliche Entscheidungen deutscher Gerichte und Urteile des Europäischen Gerichtshofes das kirchliche Arbeitsrecht mit Tendenzen in unterschiedliche Richtungen zunehmend in den Vordergrund getreten. Lange Zeit selbstverständliche Annahmen werden neu überdacht: Dabei wurden diese einerseits korrigierenden Entwicklungen unterzogen: für eine zutreffendere Berücksichtigung der verfassungsmäßig garantierten Autonomie der

¹ Vgl. *Franciscus pp.*, Ex. Ap. *Evangelii gaudium*, 24. 11. 2013, AAS 105 (2013), 1119–1137, Nr. 25.

² Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich vom 20.07.1933, AAS 25 (1933) Artikel 1, 390.

³ Vgl. *Bsirske*, Frank: Vorwort, in: *Bsirske*, Frank/Paschke, Ellen/Schukart-Witsch, Berno, (Hrsg.): *Streiks in Gottes Häusern, Protest, Bewegung, Alternativen in kirchlichen Betrieben*, Hamburg 2013, 7, 8.

Kirche. Andererseits wurden Grundzüge einer zunehmenden Infragestellung von verschiedenen Seiten ausgesetzt.⁴

In jüngster Zeit wurden Loyalitätspflichten oder Modalitäten kollektivvertraglich zu agieren, hinterfragt, teilweise auch von kirchlichen Verantwortungsträgern selbst wie dies beispielsweise in den Veränderungen der novellierten Fassung der ursprünglichen Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse von 1993⁵ durch deutsche Bischöfe vom 27.04.2015⁶ zum Ausdruck kommt.⁷ Die darüber hinausgehenden Fragestellungen bleiben nicht bei Einzelaspekten arbeitsrechtlicher Regelungen im Zusammenhang mit der Kirchenautonomie stehen, sondern beziehen sich umfassend auf fundamentale Ansätze der Geltung und Geltungsabhängigkeit der Rechtsgrundlagen für diese Regelungen. Als übergeordnete Maßstäbe neben der deutschen Verfassung und dem Konkordat mit dem Heiligen Stuhl⁸ werden durch die europäische Richtlinie zur Gleichbehandlung⁹ erhebliche Weiterentwicklungen in Bezug auf die Kirchenautonomie vorgelegt.

So ergibt sich eine Reihe brisanter Fragen, denen anhand der in der vorliegenden Arbeit dargestellten aktuellen Einzelfallentscheidungen¹⁰ jeweils analytisch nachgegangen werden soll, um so zu einer vertieften Sichtweise der Bedeutung von Arbeit in der Kirche zu gelangen, um im Ergebnis Maßstäbe für die Ausformung der Autonomie der Kirche für die Zukunft kirchlichen Arbeitsrechtes zu eruieren.

In einem ersten Kapitel soll dabei ausgehend vom Individualarbeitsrecht den Fragen nach Bedeutung, Entwicklung und Maßstäben für kirchliches Loyalitäts-

⁴ Vgl. *Melot de Beauregard, Paul/Baur, Maximilian: Loyalitätspflichten des Arbeitnehmers im kirchlichen Arbeitsverhältnis – Eine Übersicht über die aktuelle Rechtsprechung*, NZA-RR 2014, 625.

⁵ Vgl. Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse vom 22.09.1993, in: Amtsblatt des Erzbistums Köln vom 15. 10. 1993 Nr. 198, 222 ff.

⁶ Vgl. Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse vom 22.09.1993, in: Amtsblatt des Erzbistums Köln vom 15. 10. 1993 Nr. 198, 222 ff., mit redaktioneller Klarstellung Amtsblatt 1993 Nr. 238, 261, geändert gemäß Amtsblatt 2005 Nr. 274, 325 f. und 2011 Nr. 134, 226 f., zuletzt geändert auf Grund des Beschlusses der Vollversammlung des Verbandes der Diözesen Deutschlands vom 27.04.2015, Amtsblatt 2015 Nr. 148, 143.

⁷ Vgl. *Landau, Herbert: Die Rechtsprechung des BVerfG zum Selbstbestimmungsrecht der Kirchen im Bereich ihrer Arbeitsverhältnisse anhand des Chefarzt-Beschlusses vom 22. Oktober 2014*, in: Reichold, Hermann (Hrsg.): *Führungskultur und Arbeitsrecht in kirchlichen Einrichtungen, Von der Personen- zur Institutionenorientierung der Grundordnung*, Regensburg 2017, 33, 44.

⁸ Vgl. Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich vom 20.07.1933, AAS 25 (1933) 389–408 u. 409–413 (Schlussprotokoll).

⁹ Vgl. Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27.11.2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf, ABl. 2000, L 303, 16.

¹⁰ Vgl. BVerfG vom 22. 10. 2014 – 2 BvR 661/12, NZA 2014, 1387; BAG vom 20. 11. 2012 – 1 AZR 179/11, NZA 2013, 448 = AP Nr. 179 zu Artikel 9 GG Arbeitskampf mit Anmerkungen von Joussen.

tätsprofil nachgegangen und die Entwicklung der Gewichtung der Freiheiten des Dienstnehmers und des Dienstgebers in ihrer Balance untersucht und neu verortet werden.

Das zweite Kapitel setzt an der Frage nach Koalitionsfreiheit in der katholischen Kirche an mit Blick auf tragfähige Gründe zu Möglichkeiten und Grenzen einer für Kirche und Gesellschaft zukunftsfähigen Gestaltung der Koalitionsfreiheit mit Blick auf Gewichtung von Forderungen nach Arbeitskampf in der Kirche und die Entwicklung der Argumentationsgrundlage.

Im dritten Kapitel wird die Reichweite der Autonomie der Kirche in der Einbeziehung von kollektivarbeitsrechtlichen Verträgen untersucht mit der Frage, wieweit gerichtliche Kontrolle hier in kirchliche Autonomie eingreifen kann und welchen Argumenten eine staatliche Überprüfbarkeit in Anwendbarkeitsüberlegungen standhalten muss, um nicht in Widersprüche zu geraten.

Schließlich richtet sich im vierten Kapitel der Fokus in einer Zusammenschau auf die verschiedenen Entwicklungen zu den Rechten der Kirche mit Fragen nach Weiterentwicklung der juristischen Justierung der Autonomie der Kirche:

Wie steht es künftig um die Gewichteverschiebung zu Loyalitätspflichten des kirchlichen Arbeitnehmers, insbesondere nach jüngsten Äußerungen des Gerichtshofes der Europäischen Union¹¹ und deutscher Rechtsprechung. In welchem Maß kann, will und soll die Kirche Loyalitätspflichten einfordern und wozu, bezüglich Überzeugungskraft und gesellschaftlicher Wahrnehmung? Wie entwickelt sich der Dritte Weg, auf dem die Kirche den Arbeitskampf ausschließen kann? Inwieweit hat der Status quo der Autonomie der Kirche im kirchlichen arbeitsrechtlichen Regelungsrecht Bestand: insbesondere hinsichtlich Rechtsetzung und Rechtsprechung für die Zukunft in Deutschland zwischen den Positionen von Bundesverfassungsgericht und Gerichtshof der Europäischen Union im Individual-, Kollektivarbeitsrecht und prozessualen Durchsetzbarkeiten in der Zusammenschau? Welche Ansätze und Prinzipien können für die Art und Weise kirchengesetzlicher Ausgestaltung der Autonomie der Kirche letztlich eine zukunftsfähige, auch europakonforme Konzeption der Autonomie der Kirche im kirchlichen Arbeitsrecht darstellen? Dabei stehen im Hintergrund rasante Veränderungen von Lebensrealitäten: zum einen durch vorangeschrittene Multikulturalisierung der Gesellschaft und zunehmender Säkularisierung von Staat und Kirche, zum anderen durch multi-krisen-kausale gesellschaftliche Destabilisierung.

Diese Phänomene will die vorliegende Arbeit besonders einbeziehen, letztlich auch für eine weitere sprachliche Klärung der Erhellung der Begrifflichkeit von der Kirchenautonomie statt des Selbstbestimmungsrechtes, um mit inhaltlicher Argumentation auch formell einen Stabilisierungsbeitrag mit Werteorientierung für das Gemeinwohl von Seiten der Kirche leisten zu können.

¹¹ Vgl. EuGH vom 11.09.2018, IR/JQ, C-68/17, ECLI:EU:C:2018:696.